POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE JANUAR 2022 | 18. JAHRGANG



Kreisvorstand und Stadtfraktion der Potsdamer LINKEN begrüßen einmütig den vorgelegten Kompromissvorschlag zur Entwicklung der Plantage. Der Aufbau eines Hauses der Demokratie, gegebenenfalls als Sitz der SVV und als verbindendes Element zwischen der Kopie des Garnisonkirchenturms und dem Rechenzentrum hat Potential. Der sich damit abzeichnende Erhalt des Rechenzentrums ist ein Erfolg des breiten Engagements der Stadtgesellschaft und der Potsdamer LINKEN. Seiten 3 und I



Unser Kandidat - im Kampf gegen Armut

Der Mainzer Professor Gerhard Trabert bewirbt sich für DIE LINKE um das Amt des Bundespräsidenten: „Ich möchte die Kandidatur nutzen, um als Fürsprecher von Menschen aufzutreten, die zu wenig gehört werden.“

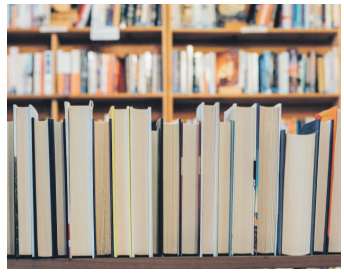
SEITE 5



Medizinstudium und „Telegram“

Den Fragen eines möglichen Medizinstudiums an einer staatlichen Hochschule in der Landeshauptstadt sowie den Diskussionen rund um den Messengerdienst „Telegram“ widmen sich unsere Landtagsabgeordneten Marlen Block und Isabel Vandre.

SEITE 6



Potsdamerinnen in der Literatur

Welche Rollen spielen Frauen in der Literaturszene der Landshauptstadt Potsdam? Das weibliche Wirken und Schaffen in und aus unserer Stadt beleuchtet unsere Layouterin und Autorin Sophie Sumburane in dieser Ausgabe.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Zur aktuellen Lage im Konflikt um die Josephinenhof-Wohnanlage, den Durchbruch rund um den Erhalt des Rechenzentrums und die Garnisonkirche sowie das Problem Libeskind-Turm und Ausblick der Fraktionsarbeit im begonnenen 2022.

SEITEN I – IV

Jetzt Petition unterschreiben - Betroffene unterstützen



DAS nehmen die
Hamburger **MK-Kliniken** in Kauf!
Von heute auf morgen kündigen sie
111 Senior:innen,
die in der Potsdamer
Josephinen-Wohnanlage wohnen.

Wir sagen **Nein!**
Und unterstützen die Betroffenen!
Jetzt Petition unterschreiben!
www.dielinke-potsdam.de/burgstrasse-bleibt

DIE LINKE.
Kreisverband Potsdam

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Roland Gehrmann, Sascha Krämer
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



FOTO: RZ K. TSCHESCH

Erhalt des Rechenzentrums ist greifbar!

Am 26. Januar beschließt die Stadtverordnetenversammlung über eine historische Einigung zur Entwicklung der sogenannten Plantage zwischen dem „Für e.V." als Vertreterin der Nutzenden des soziokulturellen Rechenzentrums, der Landeshauptstadt Potsdam und der Stiftung Garnisonkirche. Demnach verzichtet die Stiftung Garnisonkirche auf die Errichtung des Nachbaus des Kirchenschiffes, wodurch das Rechenzentrum in Gänze langfristig gesichert werden kann. Als Symbol des Kompromisses soll eine Verbindung zwischen Rechenzentrum und der Kopie des Garnisonkirchenturmes entstehen, welches ein Haus der Demokratie und möglicherweise die Stadtverordnetenversammlung beherbergt. Das entsprechende Grundstück wird der Landeshauptstadt mit einem Erbbaupachtvertrag zugunsten der Stiftung Garnisonkirche überlassen, dessen Konditionen allerdings noch unklar sind.

DIE LINKE hat sich immer gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche eingesetzt. Das Projekt konservativer und rechtsradikaler Kreise war von Anfang vergiftetet. Die Anschubfinanzierung 2009 aus Mitteln der Parteien- und Massenorganisationen der ehemaligen DDR war ein Tabubruch. Konsequenterweise lehnte die Stadt Potsdam den Einsatz öffentlicher Mittel für den Turmbau ab, auch wenn real Grundstück und Mittel für den Straßenumbau zulasten der Stadt in das Projekt einflossen. Trotz fehlender Spenden begann die Stiftung Garnisonkirche, dank erfolgreichem Lobbyismus, aggressiver Kommunikation und politischem Druck 2017 mit dem Bau. Durch die kontinuierlich fließenden Steuermittel des Bundes wurde der Nachbau der Garnisonkirche, gegen den breiten Widerstand der Bevölkerung zu einem Projekt der öffentlichen Hand. Nun steht der halbe Turm, doch die Stiftung Garnisonkirche scheint erkannt zu haben, dass mit der neuen Bundesregierung die Weiterfinanzierung aus Steuermitteln schwer wird. Die Stiftung muss damit anerkennen, dass der Erhalt des Rechenzentrums der einzig realistische Weg ist, um den Turm nicht als Bauruine verkommen zu lassen. Aus diesem Grund begrüßt der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Potsdam den vorliegenden Vorschlag als Grundlage für einen zuerarbeitenden Kompromiss zur Entwicklung der Plantage und dem Erhalt des Rechenzentrums. Es ist eine einmalige Chance, das Rechenzentrum als Gebäude der Ostmoderne, neben der Kopie des Garnisonkirchenturms als Ausdruck der Wiederherstellung des historischen Stadtbildes durch ein modernes Haus der Demokratie mit klarem architektonischem Bruch zu verbinden. Eine Ansiedlung der Stadtverordnetenversammlung hat zudem das Potential, die in Potsdam seit Jahren herrschenden Konflikte um die Gestaltung des Stadtbildes verbindend zu heilen.

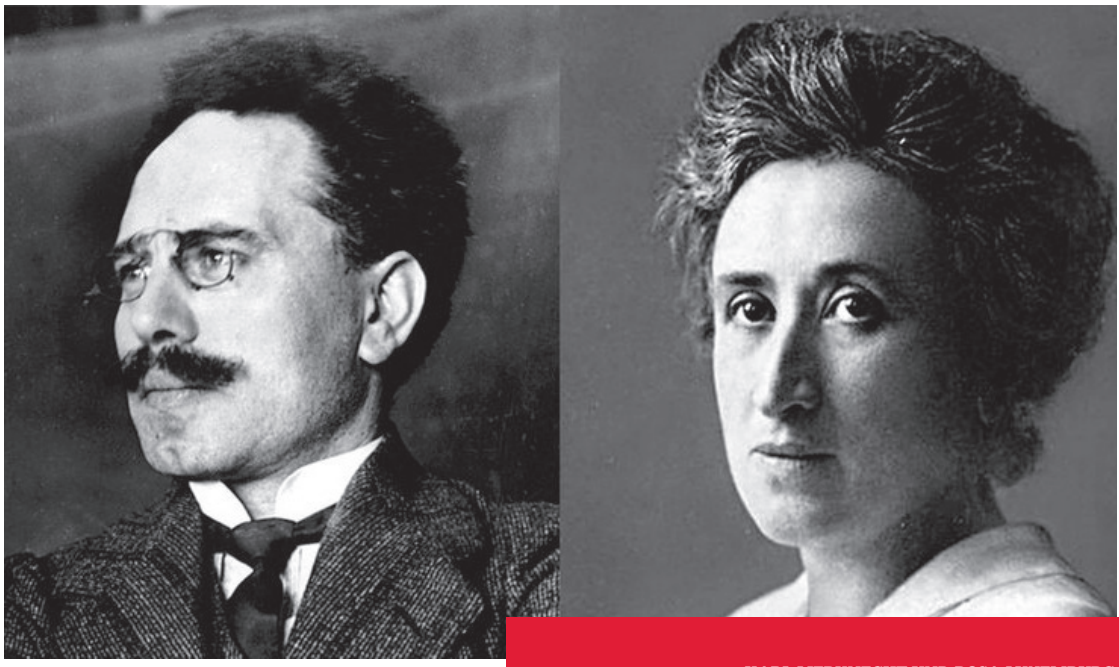
Nichtsdestotrotz ist der vorgelegte Kompromiss vage, widerspricht bestehenden Beschlüssen auf beiden Seiten und muss deshalb konkretisiert und untersetzt werden. Es sollte eine Klarstellung der Eigentumsverhältnisse der betreffenden Grundstücke zwischen der Landeshauptstadt und der Stiftung Garnisonkirche geben. Dazu wäre eine Rückübertragung des Grundstückes für das Haus der Demokratie und des Teilstückes des Rechenzentrums an die Landeshauptstadt konsequent. Nur so kann ausgeschlossen werden, dass städtisches Geld, entgegen der Beschlusslage der SVV, für den Aufbau der Kopie des Garnisonkirchenturmes verwendet wird. Unabhängig von den Grundstücksfragen bildet für DIE LINKE der dauerhafte Erhalt des Rechenzentrums den Kern des Kompromisses. Für einen langfristigen Erhalt des Rechenzentrums ist eine Sanierung des Gebäudes notwendig. Dabei müssen aus historischen Prozessen, wie beispielsweise der Sanierung der Schiffbauergasse Lehren gezogen werden. Die Modernisierung muss mit und durch die Nutzenden erfolgen und ein Ergebnis produzieren, welches die niedrigschwellige soziokulturelle Nutzung auch langfristig sicherstellt. Eine Totsanierung muss verhindert werden.

Marlen Block und
Roland Gehrmann

Kreisvorsitzende
DIE LINKE.Potsdam

(siehe auch RATHAUSREPORT in dieser Ausgabe)

Kluge, weitsichtige Worte



KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG

Rosa Luxemburg war in dem, wie sie lebte, ihrer Zeit voraus. Die Lebensumstände, die sie benachteiligten waren zahlreich. Trotzdem arbeitete sie sich an die Spitze der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie vor, wurde zur einflussreichsten Theoretikerin des auf revolutionäre Veränderung der Gesellschaft bedachten Flügels der SPD.

Geboren am 5. März 1871, entstammte Rosa Luxemburg einer jüdischen Familie aus Zamosc in Galizien. In Warschau besuchte sie ein Mädchengymnasium und schloss dieses 1887 ab. Im darauf folgenden Jahr floh sie über Deutschland in die Schweiz. Was Rosa Luxemburg auch schrieb, ist immer wieder als ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Demokratie verstanden worden: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur die Freiheit der anders Denkenden... Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.« Kluge, weitsichtige Worte, besonders bei einem Rückblick auf die Ereignisse am Ende des 20. Jahrhunderts.

Karl Liebknecht – geboren 1871 in Leipzig - gehört ebenfalls zu den bedeutendsten politischen Aktivisten der Arbeiterbewegung. Liebknechts politische Karriere begann mit dem Eintritt in die SPD im Jahr 1900. Zwischen 1902 und 1913 war er SPD-Stadtverordneter in Berlin. Nach der Veröffentlichung seiner Schrift "Militarismus und Antimilitarismus" wurde Liebknecht 1907 wegen Hochverrats verurteilt. Noch während der Haft stieg er ein Jahr später als einer der wenigen SPD-Mitglieder ins preußische Abgeordnetenhaus ein.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Sommer 1914 hatte die SPD-Fraktion im Reichstag der Bewilligung von Kriegskrediten zugestimmt. Nur Karl Liebknecht und wenige andere linksradikale SPD-Mitglieder verurteilten diese Entscheidung und gründeten mit der Gruppe Internationale eine innerparteiliche Opposition. Nach einer kurzzeitigen Tätigkeit im Militärdienst 1915 gründete Liebknecht gemeinsam mit Rosa Luxemburg die Spartakusgruppe.

Mit dem Ausbruch der Novemberrevolution 1918 und der Abdankung Wilhelms II. wurde das Kaiserreich schließlich gestürzt. Am 9. November kam es zur doppelten Ausrufung der Republik. Nachdem Philipp Scheidemann die parlamentarische Republik ausgerufen hatte, sprach sich Karl Liebknecht noch am selben Tag für eine sozialistische Räterepublik nach Vorbild der Russischen Revolution aus. Auf dem Reichsrätekongress sprach sich jedoch eine deutliche Mehrheit für die Einführung einer parlamentarischen Republik aus. Liebknecht und Rosa Luxemburg waren von der Versammlung ganz ausgeschlossen worden. Zum Jahreswechsel 1918/19 gründeten sie die KPD.

B.M.

Gedenken an Rosa und Karl

Am 15. Januar 1919 – nach der Niederschlagung des Januaraufstands – wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von rechten (Para-)Militärs ermordet. Jährlich finden daher am zweiten Januar-Sonntag Demonstrationen zum Gedenken an Karl und Rosa zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde statt. DIE LINKE beteiligte sich am 9. Januar mit einer Kranzniederlegung am Berliner Gedenken.



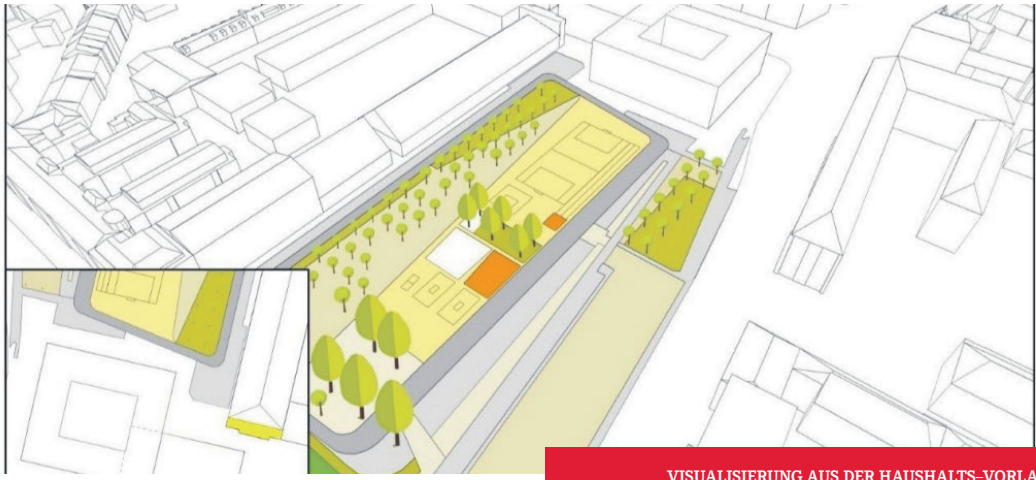
Als Potsdamer LINKE veranstalteten wir 15. Januar ein stilles Gedenken im Lustgarten am Spartakus-Denkmal (Foto).

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Januar 2022

DURCHBRUCH FÜR DAS RECHENZENTRUM

„FORUM AN DER PLANTAGE“ BIETET GÄNZLICH NEUE PERSPEKTIVE FÜR DEN STANDORT



VISUALISIERUNG AUS DER HAUSHALTS-VORLAGE

Am 09. Dezember wurde der Vorschlag für das „Forum an der Plantage“ offiziell im Hauptausschuss vorgestellt. Im Rahmen eines Design-Thinking Prozesses haben die wesentlichen Akteure am Standort – Vertreter:innen der Stiftung Garnisonkirche, der evangelischen Kirche, des Rechenzentrums und der Stadt ein Konzept erarbeitet, das den jahrelangen Konflikt um Garnisonkirche und Rechenzentrum befrieden könnte. „Wir waren noch nie so weit.“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE.) in der Diskussion zu dem Vorschlag am 05. Januar im Hauptausschuss. Nach dem Verzicht der Stiftung Garnisonkirche auf den Bau des Kirchenschiffs soll auf der Fläche stattdessen ein Haus der Demokratie mit einem neuen Plenarsaal für die Stadtverordnetenversammlung als Kern entstehen. Räume für Beteiligungsangebote und Demokratie-Initiativen sowie eine mögliche Erweiterung für das Potsdam-Museum sind weitere Nutzungsoptionen. DIE LINKE begrüßt diesen Vorschlag als echten Durchbruch. Im weiteren Verfahren wird sich die Fraktion dafür einsetzen, dass der Grundsatz „Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche“ Bestand hat. Sollte das Grundstück nicht an die Stadt zurückübertragen werden, muss gesichert werden, dass Erlöse aus einer Erbbaupacht nicht in die verbleibenden Baumaßnahmen fließen. Außerdem muss die Stadt Trägerin des Hauses der Demokratie werden und das Selbstverwaltungsmodell des Rechenzentrums muss erhalten bleiben. Die Flächen für die bisherigen Nutzungen im Rechenzentrum sollen mindestens in dem Umfang erhalten bleiben, wie sie in den aktuell auf städtischen Flächen befindlichen Gebäudeteilen vorhanden sind. „Der dauerhafte Erhalt des Rechenzentrums war immer unsere erste Priorität. Mit dem vorgeschlagenen Konzept kann das nun gesichert werden. Ein Plenarsaal als Ort der Demokratie im Herzen einer aktiven Stadtgesellschaft bietet zudem die Chance, diesem geschichtlich belasteten Ort dauerhaft eine neue, positive Bedeutung zugeben. Ohne das Engagement der LINKEN in der Kooperation wäre diese Entwicklung nicht denkbar gewesen.“, so Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg.

Mit auf den Weg...



Kurz vor Weihnachten war da kurz ein kleines Licht am Horizont erkennbar – kurzzeitig sanken die Inzidenzen, dann machte die Omikron-Mutation diese Hoffnung zunichte. Und auch in Potsdam finden neuerdings immer wieder „Spaziergänge“ gegen Impfpflicht und Corona-Maßnahmen statt. Sind alle, die bei diesen Spaziergängen und Demonstrationen mitlaufen Rechte? – Mitnichten! Aber für jeden, der es sehen will, ist klar erkennbar: Rechte marschieren mit, sie steuern, unterwandern und instrumentalisieren diese Proteste. Demokrat:innen kann das nicht egal sein. Bietet die Impfung hundertprozentigen Schutz? Sicher nicht! Ist es richtig, dass die Pharma-Industrie Milliarden damit verdient? – Nein, das ist es nicht! Aber sicher sind auch 50 oder 60% Schutz besser als gar keiner. Sicher kann man diesen Schutz in Anspruch nehmen, ohne damit einverstanden sein zu müssen, wer daran verdient. Ist jede Maßnahme zur Eindämmung der Pandemie richtig und sinnvoll? Möglicherweise nicht. Werden Dinge versäumt, die getan werden könnten? Ganz sicher! Darf man das kritisieren und auch dagegen demonstrieren? Ja, das darf man. Aber sicher – mit Abstand, Maske und Anmeldung – so, wie es die Spielregeln einer demokratischen Gesellschaft vorsehen. Aber man muss und sollte es nicht gemeinsam mit Menschen tun, die von Diktatur und Verschwörung fantasieren, die Demokratie und den Umsturz herbeisehnen. Dann nämlich endet die Freiheit wirklich. Freiheit in einer demokratischen Gesellschaft heißt, Verantwortung auch zu übernehmen für die Menschen um uns herum, mit dem eigenen Verhalten Gesundheit und Freiheit anderer nicht zu gefährden. Das sollten wir immer bedenken. Und deswegen werde auch ich in den kommenden Tagen wieder auf der Straße sein, wenn es gilt Farbe zu bekennen – für ein solidarisches Potsdam!

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Für eine wahre Bürgerbeteiligung



Die Linksfraktion setzt sich seit langem für eine intensive, lebendige Bürgerbeteiligung ein. Dabei konnten wir viel erreichen. So gehört Potsdam zu den Kommunen, die seit Jahren einen Bürgerhaushalt praktizieren. Mit der Werkstadt für Beteiligung und dem Beteiligungsrat haben wir wichtige Instrumente. Auch unsere Bemühung, über regelmäßige Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen mit der Verwaltung zu den Menschen zu gehen, das Gespräch zu suchen, konnten wir Fortschritte erreichen. So hat sich der Oberbürgermeister verpflichtet, in zumindest vierteljährlichen Stadtteilrundgängen und Stadtteilgesprächen sowie in monatlichen Bürgersprechstunden für eine kontinuierliche Bürgerbeteiligung zu sorgen. Dieses Vorhaben ist allerdings bisher nicht umgesetzt worden. Dabei spielen sicher auch die pandemiebedingten Einschränkungen eine Rolle. Ich war trotzdem überrascht, als mir der Oberbürgermeister auf meine Anfrage mitgeteilt hat, dass er im vergangenen Jahr vier Bürgersprechstunden durchgeführt hat, an denen 21 Personen bzw. Personengruppen teilgenommen haben. Die kürzlich eingeführte Kinder-und Jugendsprechstunde täuscht nicht darüber hinweg, dass die Zielstellung von monatlichen Sprechstunden nicht erfüllt worden ist. Für problematisch halte ich auch, dass die Potsdamerinnen und Potsdamer bisher kaum Kenntnis erhalten haben von den Bürgersprechstunden des OB. Das soll sich in diesem Jahr offensichtlich ändern, wie ich kürzlich dem Internet entnehmen konnte. Es bleibt noch einiges zu tun, um die vom OB in Aussicht gestellte Bürgerbeteiligung von der Ankündigung zur lebendigen Wirklichkeit zu machen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Werkstattverfahren für Libeskind-Turm



Die Fraktion DIE LINKE steht von Anfang an in engem und intensivem Austausch mit der Anwohnerinitiative „August-Bebel-Str./Merkurstr“, die sich nach Bekanntwerden der Pläne zum Libeskind-Turm mit mehreren Stellungnahmen an die Stadtverwaltung und Stadtpolitik gewandt hat.

Wir möchten damit nicht nur Transparenz in der Abwägung schaffen, die aufgrund der nichtöffentlichen Behandlung der Abwägung im SBWL für die Bürger:innen nicht nachvollziehbar ist, sondern auch einen frühzeitige Beteiligung und Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner und deren Interessen sicherstellen. Daher haben wir für das vorgeschlagene Werkstattverfahren einen Sitz für die Anwohnerinitiative beantragt. Ebenfalls haben wir Rederecht der Anwohnerinitiative im Fachausschuss und der Stadtverordnetenversammlung beantragt.

Neben den städtebaulichen Aspekten werden bei diesem Bauvorhaben insbesondere die Auswirkungen auf das Stadtquartier zu berücksichtigen sein. Es nur dem Investor zu überlassen, ist m.E. nicht der richtige Weg. Die Einbindung der Anwohner:innen ist aufgrund der zu erwartenden sozialen Auswirkungen besonders wichtig. Um diese angemessen berücksichtigen zu können, beantragt die Linksfraktion zum Werkstattverfahren die Analyse der durch die hohe Anzahl an Arbeitsplätzen auf dem Gelände erwarteten (Mehr)Bedarfe an sozialer Infrastruktur, z.B. Schul- und Kitaplatzversorgung sowie die Betrachtung der Auswirkungen auf die Mietenentwicklung im unmittelbaren Umfeld, v.a. in Babelsberg, sowie in den benachbarten Wohngebieten, z.B. Am Stern und die Entwicklung potentieller Gegenmaßnahmen zur Erhaltung der Zusammensetzung des bestehenden Bevölkerungsmilieus.

Die Freiflächen sollen mit einem besonderen Fokus bei den Themen Aufenthaltsqualität, Funktionalität für die Anwohner:innen jeden Alters, Gestaltung und dem Umgang mit Regenwasser gestaltet werden. Insbesondere zu berücksichtigen ist hier eine zielgruppenorientierte und gemeinwohl-orientierte Freiflächennutzung in der direkten Nachbarschaft zu den Einrichtungen wie Lindenpark, Filmuniversität, Filmgymnasium, Studentenwohnheimen etc. erfolgen.

Erstmalig soll eine Analyse und Vermeidung von (potentiell) bedrohlichen Räumen (Angsträumen) auf den Freiflächen und in den öffentlich genutzten Gebäudeflächen vorgenommen werden.

Dr. Anja Günther
Mitglied im Bauausschuss

Mietpreise in Krampnitz

Im September 2020 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Linksfraktion den Oberbürgermeister beauftragt, Gespräche mit der Deutsche Wohnen aufzunehmen. Ziel der Gespräche sollte es sein, „dass die Deutsche Wohnen mit ihrem geplanten Wohnungsbestand in Krampnitz einen deutlichen Beitrag zur Schaffung preiswerter Wohnungen leistet.“

Dabei sollte es vor allem um belegungsgebundene Wohnungen und Wohnungen im mietpreisgedämpften Segment gehen.

Hintergrund für diesen Beschluss war, dass die Deutsche Wohnen nach öffentlichen Verlautbarungen nicht mehr zu ihrer ursprüngliche Zusage stand, ihre Wohnungen in Krampnitz etwa 8,50 Euro zu vermieten. Insofern war zu befürchten, dass dieser große Wohnungsbestand von immerhin 1800 Wohnungen vorwiegend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht unter dem sozialen Aspekt der Wohnungsnot in Potsdam entwickelt wird.

Auf der Grundlage des Beschlusses von 2020 hat die Verwaltung die Gespräche aufgenommen. In verschiedenen Zwischenberichten teilte der Baubeigeordnete, Herr Rubelt mit, dass sich Stadt und Deutsche Wohnen aufeinander zu bewegen.

Das jetzt veröffentlichte Ergebnis der Gespräche zeigt, dass sich die von uns ausgelösten Bemühungen gelohnt haben. Die Deutsche Wohnen hat sich verpflichtet, 200 Wohnungen im mietpreisgedämpften Mietsegment bereitzustellen, also für maximal 10,50 Euro, davon 50 Wohnungen für maximal 7,50 Euro pro Quadratmeter. Das soll in einem städtebaulichen Vertrag geregelt werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Auf ein Neues!



DAS „LETZTE FOTO DES (VERGANGENEN) JAHRES“: ENDE DEZEMBER 2021 HABEN FRAKTIONSVORSITZENDE DR. SIGRID MÜLLER UND FRAKTIONSGESCHÄFTSFÜHRER SASCHA KRÄMER IM NAMEN DER FRAKTION LEBENSMITTELSPENDEN AN DIE SUPPENKÜCHE DER VOLKSSOLIDARITÄT ÜBERGEBEN UND BEDANKTEN SICH FÜR DIE ENGAGIERTE ARBEIT

Für Stadtverordnete ist es eine alte Weisheit, dass trotz unzähliger Debatten und abgearbeiteter Anliegen im alten Jahr der Stapel Arbeit im Neuen nicht kleiner wird. Und so erwarten die Stadtverordneten auch 2022 – zu Beginn des dritten Pandemiejahres – eine Fülle spannender Themen und Entscheidungen zur Entwicklung unserer Stadt.

In der Wohnungspolitik hat es mit der rot-rot-grünen Rathauskooperation einen klaren Richtungswechsel gegeben, Nicht mehr nur das Bauen an sich, sondern vor allem die Sicherung und der Ausbau bezahlbaren Wohnens sind neue Priorität im städtischen Handeln. Mit dem Bodenfonds zum Ankauf von Grundstücken, der mit dem Haushalt 2022 noch einmal um 1 Mio. Euro aufgestockt werden soll, wird ein Beitrag dazu geleistet. Mit dem Voranschreiten des Projekts „Schlaatz 2030“ wird auch dort neuer und bezahlbarer Wohnraum entstehen, durch Genossenschaften und Pro Potsdam. An anderen Stellen bleiben große Hausaufgaben: Mietpreise deutlich jenseits der angestrebten 8,50 € im neuen Stadtteil Krampnitz und Sozialwohnungen möglicherweise erst ab 2030, hier sind dringend noch Verbesserungen nötig.

Chancengerechtigkeit und sozialer Ausgleich bleiben weiter eine Schwerpunktaufgabe: Nicht zuletzt die Pandemie hat weiter zur Verschärfung sozialer Gegensätze beigetragen. Im zweiten Anlauf soll in diesem Jahr endlich ein Maßnahmeplan gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht werden – ein erster Entwurf war im vergangenen Jahr nach breiter Kritik noch einmal zurückgezogen worden. Die Chancengleichheit beginnt bereits bei einer Verstärkung der Förderangebote in der Kita – mit dem kommenden Haushalt sollen zusätzliche Mittel für Fachkräfte bereitgestellt werden, die benachteiligte Kinder im Kita-Alltag unterstützen können. Gleiche Lernbedingungen für alle bedeutet nicht nur, aber gerade unter Pandemie-Bedingungen die Bereitstellung digitaler Endgeräte für alle Schüler:innen. Auch dafür müssen im kommenden Jahr die Weichen gestellt werden.

Und auch große Projekte wie die Neuausrichtung des städtischen Klinikums und der weitere Planungsprozess für ein „Forum an der Plantage“ muss vorangetrieben werden. Zwischen all diesen „dicken Brettern“ gilt es auch für die Stadtverordneten, Prioritäten zu setzen, vor allem aber den Überblick zu behalten. D.h. zu kontrollieren, ob und wie die Stadtverwaltung die zahlreichen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung umsetzt. Denn Personal und Finanzen reichen natürlich nie für alle Wünsche und Aufgaben. Und da entstehen häufig Spannungsfelder zwischen Ideen und Projekten der Verwaltung oder des Oberbürgermeisters und den Aufträgen der Stadtverordneten. Die Prioritätensetzung obliegt aber der Stadtverordnetenversammlung. Und das muss sie auch durchsetzen.

Burgstraße bleibt!



SOLIDARITÄT MIT DEN BETROFFENEN – VOR DER JOSEPHINENANLAGE IN POTSDAM

Die überraschende Kündigung der Mietverträge aller 111 Bewohner:innen der Josephinen-Seniorenwohnanlage in der Burgstraße hatte bereits Anfang November Protest aufgelöst. Gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern hatte DIE LINKE. den Oberbürgermeister aufgefordert, die Bewohner:innen zu unterstützen und alle Möglichkeiten für einen Erhalt der Anlage zu nutzen. Die SGG und ihr Mutterkonzern, die Marseille-Kliniken AG in Hamburg geben sich bisher hart. Gespräche über ein Rückkauf-Angebot der Stadt werden abgelehnt – überhaupt hat sich der Konzern bis heute nicht zu seinen weiteren Absichten mit dem Haus am Havelufer geäußert. Aus einem Pressestatement, das gegenüber den PNN abgegeben wurde, lässt sich schließen, dass es wohl um eine gewinnbringendere Verwertung des Hauses geht. In seiner Verlautbarung geht der Konzern die Unterstützer:innen der Bewohner:innen heftig an, spricht von Stasi-Methoden in den sozialen Medien. „Wir begrüßen es grundsätzlich, dass die MK Kliniken AG sich aus der Pflege offenbar zurückziehen will, da sie dafür augenscheinlich denkbar ungeeignet sind. Daher sollten sie das Rückkauf-Angebot der Stadt schnellstmöglich annehmen!“, sagte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Stefan Wollenberg bei einer gemeinsamen Protestaktion mit Hamburger Genoss:innen am 23. Dezember in Hamburg.

Für die kommende Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar unternimmt die Fraktion einen neuen Vorstoß zur Unterstützung der Bewohner:innen. Die Stadt soll zur Abwendung von Wohnungslosigkeit auch die Beschlagnahme der Wohnungen prüfen und alle rechtlichen Möglichkeiten zur Vermeidung von Leerstand und Umnutzung des Hauses ausschöpfen. Außerdem soll ein Spendenkonto für die Anwalts- und Gerichtskosten der Bewohner:innen eingerichtet werden. Auch wenn die Kündigungen augenscheinlich unrechtmäßig sind, werden am Ende wohl Gerichte entscheiden müssen. Dabei dürfen die Mieter:innen nicht alleingelassen werden.

Termin für telefonische Bürgersprechstunde September

Dr. Sigrid Müller
26. Januar 2022
09 bis 10:30 Uhr
TEL.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg
Mittwoch, 25.01.2022
15.00 – 17.00 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25

Fraktionssitzung

24.01.
31.01.
07.02.
14.02.
21.02.
und 28.02.2022
jeweils 18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mail
dielinke.stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Nächste SVV
26. Januar 2022
15.00 Uhr
in der MBS Arena



UND VOR DEN MK-KLINIKEN IN HAMBURG.

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



Gerhard Trabert: Der LINKE-Präsidentschaftskandidat

Am 13. Februar tritt die Bundesversammlung zusammen, um einen neuen Bundespräsidenten zu wählen. DIE LINKE hat dafür Gerhard Trabert nominert. Der Mainzer Mediziner engagiert sich seit über 25 Jahren für Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen.

„Wir wollen, dass unsere Gesellschaft wieder humaner wird. Das motiviert mich einfach."

Er hilft, wo er gebraucht wird

Als Arzt und Sozialarbeiter versorgt er Obdachlose dort, wo sie leben - auf der Straße. Mit seinem „Arztmobil", das zugleich Sprechzimmer und Ambulanz ist, fährt er zu den Menschen, um Hilfe anzubieten: in die Tiefgarage, an die Domplätze, in ein Wäldchen, wo sie übernachten.

Gemeinsam mit über 30 ehrenamtlichen Kolleg:innen verschiedener Fachrichtungen behandelt Trabert an festen Tagen in der „Poliklinik ohne Grenzen" Menschen in prekärer Lebenslage.

Der Mainzer Arzt hilft nicht nur Menschen in Deutschland, sondern engagiert sich auch für Notleidende über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Er war bereits mehrmals im Lager auf Lesbos und hat dort medizinische Hilfe für Geflüchtete geleistet. Mit seinem Verein engagiert er sich dort konkret für Menschen mit Behinderung.

Wohnungslose, Hartz-IV-Empfänger:innen, Geflüchtete: Die Corona-Krise trifft die am härtesten, die schon vorher zu kämpfen hatten. Doch die Regierungsparteien kommen ihrer Verantwortung gegenüber sozial benachteiligten Menschen immer weniger nach.

„Die Distanz zwischen etablierter Politik und den Ärmsten der Gesellschaft wird immer größer!"

Immer wieder wurde er gefragt, ob er in die Politik gehen wolle, um sich auf diese Weise für die Realisierung seiner Forderungen einzusetzen. Dies wies er lange zurück, denn er wollte Menschen konkret und direkt helfen. Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben ihn jedoch zu einem Umdenken bewegt. Gerade in den Bereichen der sozialen Gerechtigkeit und der Wahrung der Menschenrechte ist das politische Handeln von einer Ignoranz und Arroganz geprägt, die er nicht länger so hinnehmen kann.

„Es ist mein Ziel, hier einen Wandel herbei zu führen!"

Raus zur zweiten Halbzeit! - Für den Potsdamer Mietendeckel

Liebe aktive Potsdamer*innen,

im Juni 2020 haben verschiedene Mieter*inneninitiativen mit Unterstützung der Wählergruppe „die aNdere", der „LINKEN" und zusammen mit „Stadt für alle" das Bürgerbegehren „Potsdamer Mietendeckel" angeschoben. Die zentrale Forderung ist „Maximal 1% Mieterhöhung in den kommunalen Wohnungen in den nächsten fünf Jahren". Bis zum Winter haben wir damit auch schon die Hälfte der für ein Bürgerbegehren notwendigen Unterschriften gesammelt.. Im Frühjahr 2022 brauchen wir eine starke zweite Runde! Corona hat das Sammeln von Unterschriften – Stichwort Weihnachtsmärkte – nicht einfacher gemacht. All jene, die steigende Mieten, ineffektive Bonusprogramme und fortwährenden Mieterhöhungen anhand des Mietspiegels schon lange leid sind, rufen wir auf, den Potsdamer Mietendeckel und konkret das Sammeln von Unterschriften zu unterstützen. Neben dem Mietendeckel, braucht Potsdam in der aktuellen Situation noch andere, starke Maßnahmen. Maßnahmen, die von der Stadt derzeit nicht angepackt und zum Teil sogar ausdrücklich abgelehnt werden. Das Unterschriften-Sammeln für den Mietendeckel holt die ProPotsdam und die Apologeten des „Bauen, bauen, bauen" - die vielerorts als Sozialdemokrat*innenen firmieren – zurück an den Verhandlungstisch. Unterschriftenstände sind zudem eine gute Möglichkeit ist, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen und zu erfahren, wo der Schuh drückt. Lasst uns die Fürs und Widers (vor allem die Fürs!) dieses Bürgerbegehrens diskutieren. Wir laden Euch ein, in der zweiten Runde des Bürgerbegehrens aktiv mitzusammeln, damit die Unterschriften schnell zusammenkommen.





Medizinstudium in Brandenburg

Wer in Brandenburg Medizin studieren möchte, muss dafür tief in die Tasche greifen. Denn in der Nachwendezeit wurde darauf verzichtet, eine eigene medizinische Fakultät an einer staatlichen Universität aufzubauen. Zwar hat die Realität des Ärzt:innenmangels im gesamten Land bereits vor einigen Jahren dringenden Handlungsbedarf offenbart. Den Weg des Aufbaus einer eigenen Hochschulmedizin traute sich auf Grund der immensen Kosten jedoch lange Zeit niemand zu gehen.

In der Folge wurde 2012 die Medizinische Hochschule Brandenburg gegründet, eine staatlich anerkannte Hochschule in kommunaler Trägerschaft. Die Hoffnung war es, dass Ärzt:innen langfristig in der Region bleiben, wenn sie in Brandenburg studiert und ein Klinikstipendium erhalten haben. Dieses verpflichtet, für fünf Jahre nach Studienabschluss an der Klinik zu bleiben, welche die 80.000 der 125.000€ Studiengebühren übernommen hat. Doch selbst Rot – Rot schaffte es nicht, den Impuls aufzugreifen und eine staatliche Fakultät für Humanmedizin zu gründen. Im Jahr 2020 kam noch eine private Hochschule hinzu: die Health and Medical University in Potsdam, die mit dem kommunalen Ernst-von-Bergmann Klinikum kooperiert.

Studierende der Humanmedizin müssen hier 1500€ im Monat bezahlen. Wieder wusste ein kommunales Klinikum auf Grund des Ärzt:innenmangels nicht weiter, wischte alle Bedenken über die sozialen Implikationen von Studiengebühren beiseite und ging eine Kooperation mit einer privaten Hochschule ein.

Im Sommer 2021 präsentierte die Landesregierung einen Bericht, der die Rahmenbedingungen zur Errichtung einer medizinischen Fakultät an der BTU Cottbus Senftenberg enthält. Mit Hilfe der Strukturwandelmittel des Bundes soll nun doch ein Medizinstudium an einer Brandenburger Hochschule ermöglicht werden. Der Weg dahin ist jedoch lang und zentrale Fragen, wie die dauerhafte Finanzierung, ungeklärt. Die große Chance des Prozesses besteht darin, die in den vergangenen Jahren entstandenen Strukturen neu zu ordnen.

Ziel muss es sein, den Versorgungsauftrag mit Mediziner:innen und Pflegepersonal für das ganze Land zu sichern und moderne, zukunftsfähige Strukturen aufzubauen, zusammen mit den kommunalen Kliniken. Die Landesregierung scheint diese Chance nicht zu erkennen und lässt sie vollkommen kopf- und konzeptlos verstreichen.

Isabelle Vandre (MdL)

Fotos: Thomas Kläber

Ein Telegram für...



Deutschlandweit müssen wir eine zunehmende Radikalisierung von Impfgegner*innen und Coronaleugner*innen beobachten. Grundlage ist eine gefährliche Mischung aus besorgten Bürger:innen und stramm organisierten Rechtsextremen von AfD bis zum III. Weg. Zentrales Vernetzungsinstrument ist der Messengerdienst Telegram. Hier werden Fake News und Hetze aber auch Aufrufe zu Demonstrationen verbreitet. Telegram wurde vom russischen Unternehmer Pawel Durow erfunden für den Zweck, unzensierte und verschlüsselte Kommunikation, ohne staatliche Zugriffsmöglichkeiten zu bieten. Telegram selbst ist aufgrund des komplizierten Firmengeflechts und des Sitzes des Unternehmens in Dubai, für Bußgeldbescheide oder andere Versuche der Regulierung unerreichbar.

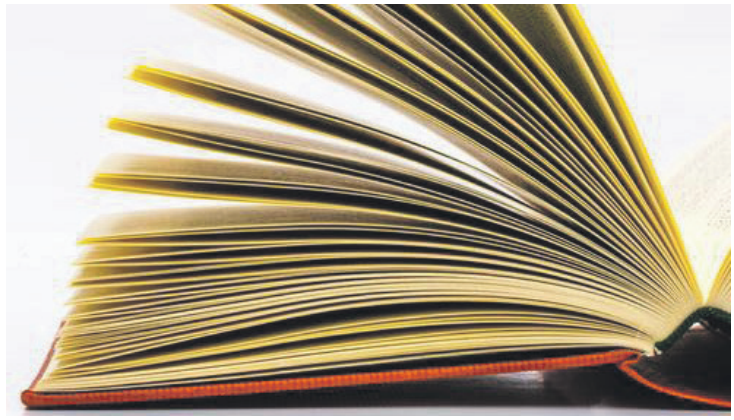
Nun haben Innenministerin Faeser, Justizminister Buschmann und auch SPD und CDU in Brandenburg das Thema für sich entdeckt und simulieren durch Forderungen nach einer Reglementierung Handlungsfähigkeit. Rechtliche Lücken gibt es jedoch kaum. Außer in der Umsetzung – denn eine Zustellung von Bußgeldbescheiden bei Verstößen gegen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz scheitert an Telegram selbst. Dass das Gesetz auch auf Telegram anwendbar ist, hatte das Justizministerium bereits 2020 festgestellt. Auch das Strafrecht gilt in Telegram-Chats – wer dort droht, beleidigt und hetzt muss mit Ermittlungen rechnen. Die Idee der CDU und SPD in Brandenburg, Telegram als „Rundfunk“ zu deklarieren und den Regelungen der Mediengesetze zu unterwerfen, ist so abwegig wie undurchsetzbar. Die Forderungen sind reiner Aktionismus und versperren den Blick auf die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verwerfungen.

Nicht die Technik oder fehlende rechtliche Möglichkeiten sind das Problem. Auch schon früher gab es solche Entwicklungen, unabhängig der verfügbaren Kommunikationsmittel. Seit Jahren werden Reden voll von Fake News in Parlamenten und auf Demonstrationen geschwungen, in „sozialen“ Netzwerken, an Stammtischen, in Familien verbreitet. Befördert wird diese Entwicklung von Medien wie der BILD und einer Politik, die immun für Selbstkritik ist, Demokratie nicht fortentwickelt und sich stattdessen in eingespielten Ritualen und Werbemaßnahmen verliert.

Telegram ist nur die Bühne des Problems. Wir müssen hier gründlicher analysieren und die Demokratie durch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Institutionen sowie den Ausbau der politischen und sozialen Teilhabe schützen. Als LINKE sind wir die demokratische Opposition und werden weiterhin auf den Ausbau von Beteiligung und Transparenz, auf Machtbegrenzung und Umverteilung für eine umfassende Demokratisierung drängen.

Marlen Block (MdL)

Potsdamer Literatur ist weiblich



Man könnte nun natürlich ganz polemisch frei nach Fußball-Deutsch, schreiben: Wir sind Deutscher-Buchpreis! Denn so, wie wir alle Weltmeister sind, wenn die Fußball-Herren es sind, so möchte ich anregen, dass ganz Potsdam, nun „Deutscher Buchpreisträgerin“- ist. Mit Antje Rávik Strubel schließlich, gewann im vergangenen Oktober eine gebürtige Potsdamerin die rennomierte Auszeichnung. Die gelernte Buchhändlerin und Studierte Literaturwissenschaftlerin ist natürlich in der Literaturwelt eine etablierte Größe, erhielt schon zahlreiche Preise und Auszeichnungen für ihr literarisches Schaffen, doch wer in Potsdam hat gewusst, dass sie aus Potsdam stammt? Die Landeshauptstadt scheint für weibliche Schriftstellerinen generell gute Arbeitsbedingungen zu bieten. Im Rechenzentrum beispielsweise hängt im Hausflur auch das Portrait einer noch neueren Autorin. Katja Lewina, die mit ihrem Spiegelbestseller „Sie hat Bock“ u.a. die weibliche Sexualität und Beziehungsmodelle zum Thema macht. Von Corona hat sie sich nicht ausbremsen lassen, jüngst erschien „Bock - Männer und Sex“, ein weiterer Bestseller aus dem Potsdamer Rechenzentrum. Nicht im Rechenzentrum, sondern zum Beispiel im Künsterlhaus Wiepersdorf schreibt die etablierte Krimiautorin Christine „Tini“ Anlauff, die mit ihrer Reihe um den ermittelnden Kater Serrano auch hier in Potsdam eine große Gruppe von Fans umsich weiß. Anlauff ist auch in der Postdamer Stadtpolitik aktiv und schrieb mit „Der Fall Garnisonkirche“ einen Kriminalroman, in dem man sich selbst in der demonstrierenden Menge wiederfinden kann. Auch im Bereich der Kinder- und Jugenliteratur stehen Literatinnen aus Potsdam nicht hinten an. Wer kennt sie nicht, Grit Poppe? Poppe war mit ihrem Jugendliteraturroman „Verraten“ 2020 für den Deutschen Jugendliteraturpreis nominiert und hat von Kinder- über Jugendliteratur bis hin zu Romanen und einem jüngst erschienenen Sachbuch über die Praxis der „Umerziehung“ von Kindern und Jugendlichen in der DDR ein beeindruckendes Werk vorzuweisen. Wer dagegen auf der Suche nach Potsdamer Literatur für kleinere Kinder ist, wird bei Britta Nonnast definitiv fündig. Von mutmachenden Spukgeschichten über liebevoll illustrierte Kindererzählungen bis hin zu Henriette, der Schulhündin für Erstleser.Eine interessante Autorin, die auch in der Stadtgesellschaft verankert und immer wieder bei Lesungen zum Beispiel in der Buchhandlung Wist oder dem Viktoriagarten zu hören ist, ist Julia Schoch. Deren wohl bekanntester Roman „Schöne Seelen und Komplizen“ zu DDR Zeiten spielt und die Frage stellt, ob es das geben kann: eine sanfte „Vermählung“ der gegenwart mit dem Vergangenen. Ihre Figuren erleben den historischen Umbruch, auf den auch so viele von uns zurück blicken, und sie erzählt diese Zeit so vielstimmig, dass wohl ein jeder sich wiederfinden kann und: die Sicht des anderen erfahren kann. Und hier liegt die Stärke der Literatur, die subversive Kraft, mit der sie Empathie schaffen kann und uns Neues über uns selbst erzählen kann. Und das alles aus Postdam, mit Lokalkolorit und der Gewissheit: Die Kulturlandschaft in dieser Stadt besteht aus sehr viel mehr als den (zugegebenermaßen wunderschönen) Schlössern und Parks, für die sie berühmt ist. Aus Potsdam kommen kreative Autorinnen, nach Potsdam ziehen sie für ein inspirierendes Umfeld, also zum Schluss doch nochmal Polemik: Wir sind Deutscher Buchpreis! Ganz sicher nicht zum letzten Mal.

Sophie Sumburane
Autorin aus Potsdam

Linker Wahlsieg in Chile



Boric auf dem Weg zur Bühne
Fotografoencampana (Fernando Ramírez)

Am 11. März ist es soweit. Gabriel Boric wird als Präsident Chiles vereidigt. Gut 50 Jahre nach dem Sieg von Salvador Allende liegen dabei einige Hoffnungen auf dem 35-Jährigen. In einer beeindruckenden Kampagne ist es gelungen, die Menschen trotz Pandemie auf die Straße und zu den Urnen zu bewegen. Leider fehlt dem Linksbündnis Frente Amplio eine eigene Parlamentsmehrheit. Boric hat bereits angekündigt auch in Zukunft auf den Rückhalt der Massen zu setzen und zentrale Politikprojekte gemeinsam mit den Sozialen Bewegungen zu entwickeln.

Den Kompass neu ausrichten

Egal ob die Probleme im Gesundheit- und Pflegebereich, die Klimakrise, steigende Mieten und Preise bei gleichzeitig stagnierenden Löhnen: Es gibt viele Gründe, warum es eine starke LINKE braucht. Dennoch hat die Partei bei der Bundestagswahl eine schwere Niederlage erlitten. Die Diskussion darum, wie ein Neuanfang gelingen kann, ist in vollem Gange. Nun haben auch Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, die im Februar 2021 als Parteivorsitzende gewählt wurden, einen Vorschlag vorgelegt. Das Papier unter dem Titel „Den Kompass neu ausrichten“ findet sich unter https://gleft.de/4yo



HIER IST DIE LINKE

Potsdamer mit „Band für Mut und Verständigung“ gewürdigt



Das Bündnis für Mut und Verständigung verleiht auch in diesem Jahr das „Band für Mut und Verständigung“ an sechs Menschen und Initiativen, die sich auf beispielhafte Weise gegen rassistische Gewalt eingesetzt haben oder durch ehrenamtliche Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben. Obiri Mokini (Foto) aus Potsdam wird in Anerkennung seines ausdauernden Engagements gewürdigt, sich mit viel Herz und Energie für Geflüchtete und für ein respektvolles Zusammenleben sowie gegen Diskriminierung und Stereotype einzusetzen.

Verschiedenes in Kürze

Brandenburgischer Kunstpreis ausgeschrieben

Die Märkischen Oderzeitung (MOZ) hat in Kooperation mit der Stiftung Schloss Neuhardenberg den Brandenburgischen Kunstpreis 2022 ausgeschrieben. Preise gibt es für Werke der Malerei, Grafik, Plastik/Installation und Fotografie. Das Preisgeld beträgt 4.000 Euro je Kategorie. Bewerben können sich Künstler:innen, die im Land Brandenburg leben oder arbeiten. Die Bewerbungsfrist endet am 11. Februar 2022. Alle Unterlagen findet man auf [moz.de].



Kinderstadtplan Potsdam

Auf der Internetseite des Potsdamer Kinderstadtplans findet man über 400 Orte, an denen Kinder in Potsdam die unterschiedlichsten Dinge machen und erleben können: Spielplätze, Badestellen, Sportplätze, Parks und viele andere Ausflugsziele gibt es zu entdecken. Man kann nach Orten suchen oder sich über die Kategorien spannende Orte anzeigen lassen. Man kann über jeden Ort viele Dinge erfahren, zum Beispiel: Muss man Eintritt bezahlen? Wann hat der Ort geöffnet? Welche Haltestelle ist in der Nähe? Welche Telefonnummer muss man anrufen, wenn man eine Frage hat? Auch alle Bus- und Tramhaltestellen sind zu sehen, wenn man unten rechts auf den Bus klickt.

Unterwegs im Licht. Aber sicher!

Das beliebte Lichtspektakel und Familienfest „Unterwegs im Licht“ soll es gleich Anfang des Jahres wieder geben. Vom 21. bis 24. Januar 2022 werden die Fassaden der kulturellen Einrichtungen in der Potsdams Mitte diesmal unter dem Motto „Soundless Music“ illuminiert. Damit soll auch ein Signal der Solidarität an die kulturellen Einrichtungen und die Veranstaltungsbranche gesendet werden.



In einem besonderen Licht erstrahlen werden das Bildungsforum Potsdam mit der Stadt- und Landesbibliothek, der Volkshochschule und der Wissenschaftsetage, das blu – das Sport und Freizeitbad, die Spielbank, das Extavium, das Filmmuseum Potsdam, das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, der Landtag Brandenburg, das Museum Barberini, das Naturkundemuseum Potsdam, der Nikolaisaal Potsdam, das Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte, das Rechenzentrum Kunst- und Kreativhaus sowie die St. Nikolaikirche Potsdam.

Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Brandenburg

Am 30. Januar 2021 läuft ab 10 Uhr eine Onlinekonferenz unter obigem Titel. Es ist eine gemeinsame Veranstaltung des kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e.V., der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und des Landesvorstandes der LINKEN in Brandenburg

„Vor einem Jahr begannen wir eine Debatte und den Erfahrungsaustausch zum Wirken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien in den Kommunalvertretungen Brandenburgs. Seitdem ist viel passiert – Gutes und weniger Gutes. Zudem haben sich Entwicklungen beim organisierten Rechtsextremismus auf Landesebene auch auf die kommunale Ebene ausgewirkt. Wir wollen nun eine Bestandsaufnahme vornehmen und das Thema vertiefen. Dabei wollen wir überlegen, welche Strategien erfolgreich waren und wo noch Nachbesserungsbedarf besteht.“

Anmeldung per Email bitte an info@dielinke-brandenburg.de

PaS- digital
Jetzt kostenloses Online-Abo sichern und keine Ausgabe mehr verpassen.
Bestellung unter:
abo@dielinke-potsdam.de